



Gemeinsam für das Europa, das wir brauchen Resolution des SPE Parteitag 2012

Verabschiedet vom SPE Parteitag

Wir, die Sozialdemokratische Partei Europas, sind die Partei des Fortschritts, der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Gerechtigkeit, des nachhaltigen Wachstums und der aktiven Demokratie. Wir sind der Ansicht, dass die vor uns stehenden nationalstaatlichen Herausforderungen sowohl durch nationales als auch durch gemeinsames Handeln in ganz Europa bewältigt werden müssen. Unser Europa ist ein Europa der Solidarität, der Gleichheit und der Freiheit.

Seit Beginn der Krise im Jahre 2008 hat sich die Fähigkeit Europas, den Anforderungen der Menschen gerecht zu werden, verschlechtert. **Das Europa von heute ist nicht das Europa, das wir brauchen.** Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach einem **Europa der Solidarität und nicht nur der Sanktionen**, ein Europa, in dem alle Menschen, Frauen und Männer, Junge und Alte, die Chance haben, sich zu entfalten, in dem soziale, arbeitsrechtliche, demokratische und wirtschaftliche individuelle und kollektive Rechte geachtet und geschützt werden. **Ein Europa, das integrativ, nachhaltig, fair, vielfältig und zukunftsorientiert ist. Ein Europa, das bei der Überwindung der aktuellen Krise vereint ist und nach tieferer Integration strebt.** Kurzum, eine fortschrittliche, sozialistische und sozialdemokratische Europäische Union als eine Kraft, die positive Veränderungen im Leben der Menschen bewirken kann.

In den letzten Jahren haben sich die Wahlergebnisse in Europa gewandelt. **Europäische Sozialisten und Sozialdemokraten gewinnen an Macht zurück: in Städten, Regionen, Mitgliedstaaten und Europäischen Institutionen.** Die Erfolge unserer Mitgliedsparteien in den letzten Jahren haben gezeigt, wie Wahlsiege auf allen Ebenen der repräsentativen Demokratie unseren Einfluss auf die Ausrichtung Europas stärken können. Wir müssen diesen Moment als politische Familie nutzen. Jetzt haben wir die Chance, Europa zu verändern - durch das Handeln unserer Parteien in Regierungsverantwortung, im Europäischen Rat und durch die weitere Koordination unserer Aktivitäten zur Veränderung der politischen Situation in Europa insgesamt.

Mehr denn je müssen wir gemeinsam handeln, um das Europa aufzubauen, das wir brauchen. Dies ist nicht nur eine Chance für unsere politische Familie, sondern auch eine Frage der Verantwortung, die wir gegenüber den Menschen in ganz Europa haben. Die Europawahlen 2014 nähern sich zügig und sind ein entscheidender Meilenstein. Ihre

Ergebnisse werden die Richtung Europas bestimmen. Damit Europa funktionieren kann, müssen die Menschen wissen, dass ihre Stimme einen Unterschied macht und auf allen Vertretungsebenen zählt. **Die Stimme jedes einzelnen Bürgers, sei es bei den lokalen, regionalen, nationalen oder Europawahlen, hat die Kraft, Europa zu verändern.** Als eine Europäische politische Partei ist es unsere Verantwortung, die europäischen Bürger davon zu überzeugen.

Wir müssen die Wahrnehmung ändern, die EU sei ein Monolith. Es bestehen unterschiedliche und oft gegensätzliche Ansichten darüber, was Europa sein und was es tun sollte. Bei den Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene mangelt es an Transparenz und Legitimierung durch die Wähler. Wir müssen unseren Kampf zur Stärkung von Demokratie und Verantwortlichkeit fortsetzen, um sicherzustellen, dass die Stimmen der Menschen gehört werden und sich in den Europäischen Institutionen widerspiegeln. Die Richtung, die die EU einschlägt, wird dadurch bestimmt, welche politische Partei über eine Mehrheit im Europäischen Parlament, der Kommission und insbesondere im Rat verfügt. **Wir müssen sicherstellen, dass sich die Öffentlichkeit dessen bewusst ist.**

Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, betreffen uns alle. Jedoch fühlen sich viele Menschen weit entfernt von der Europäischen Politik und sehen in der EU oftmals eher den Grund für Probleme als deren Lösung. **Das Verhältnis zwischen den Menschen und ihren politischen Repräsentanten ist der unmittelbare Kernpunkt unserer Demokratie.** Auf lokaler und nationaler Ebene ist die Verbindung zwischen Bürgern und Abgeordneten sichtbar. Auf europäischer Ebene wird diese Verbindung jedoch schwieriger nachvollziehbar. Um dem entgegenzuwirken, muss eine stärkere Verantwortlichkeit im Mittelpunkt der europäischen Politik- und Entscheidungsprozesse stehen. **Mehr Transparenz und Rechenschaft wird zu verantwortlicheren und fortschrittlicheren Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene führen.** Es kommt darauf an, die Gemeinschaftsmethode zu nutzen, zu schützen und zu stärken. Wenn wir das Vertrauen zwischen Politikern und der Gesellschaft nicht wiederherstellen können, werden wir die aktuelle Vertrauenskrise in Europa nicht überwinden.

Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass eine fortschrittliche Europäische Union die Antwort auf ihre Probleme sein kann. Um dies zu tun, müssen wir uns als selbstbewusste, maßgebliche und wahrnehmbare politische Kraft erweisen. Wir müssen die Bedingungen für unseren eigenen Erfolg schaffen. Es ist eine neu belebte aktive Demokratie erforderlich, um die Europäische Union voranzubringen. Seit Beginn der Krise sehen wir, dass sich die Menschen, obwohl sie sich vom Establishment entfremdet fühlen, durchaus für die Belange der Gesellschaft engagieren wollen. Sie möchten ihrer Stimme Gehör verleihen. Wir müssen zuhören, was die Menschen in Europa sagen.

Konservative Staats- und Regierungschefs haben sich entschieden, auf zwischenstaatliche Mechanismen zu setzen, anstatt das Europäische Parlament und die EU-Kommission bei der Lösung der Krise einzubeziehen. Beschlüsse wurden hinter verschlossenen Türen gefällt. Um demokratische Legitimität und die Qualität der eingeleiteten Maßnahmen zu garantieren, wollen wir, dass das Europäische Parlament in die Anstrengungen zur Krisenbewältigung vollständig einbezogen wird. Wir müssen die durch den Vertrag von Lissabon gegebenen Möglichkeiten vollständig nutzen, um dem Europäischen Parlament bei der Krisenbewältigung eine gleichrangige Stellung wie dem Rat und der Kommission einzuräumen. Wir appellieren auch an die Staats- und Regierungschefs, dem Europäischen Parlament die Teilnahme an der Entwicklung der zukünftigen Struktur der Europäischen Union zu ermöglichen.

Unser Ziel ist die Stärkung der sozialistischen, sozialdemokratischen, Labour- und progressiven Bewegung und ihrer Werte in der Union und ganz Europa, die Stärkung der SPE als echte Europäische politische Partei, die offen, transparent und politisch effektiv ist und klare und starke politische Ziele, Strategien und Aktionen verfolgt, damit wir als Bewegung ein sozialdemokratisches Europa aufbauen können. Dafür brauchen wir den Mut unserer Überzeugungen. **Wir müssen den Wählern zeigen, dass die Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament sich positiv auf ihr Leben auswirken wird.**

Die konservative Antwort auf die Krise war zu schwach, zu spät oder einfach falsch. Die konservativen Staats- und Regierungschefs haben stetig an ihrem fehlerhaften Rezept der wirtschaftlichen Konsolidierung allein durch Sparmaßnahmen festgehalten. Dadurch wurde das europäische Projekt geschwächt. Die Unterstützung der Menschen für Europa hat einen historischen Tiefstand erreicht und viele Menschen betrachten die Europäische Union jetzt bestenfalls als einen Krisenmanagementmechanismus.

Auf Grundlage starken politischen Drucks unserer Mitglieder des Europäischen Rats, und nach entscheidenden Wahlsiegen der Sozialisten und Sozialdemokraten, wurde wachstumsorientierte Politiken erstmals ernsthaft erwägt und umgesetzt

Diese Veränderung ist ein Sieg für unsere Familie, aber wir müssen für die Umsetzung anspruchsvollerer und fortschrittlicherer Maßnahmen kämpfen. Dafür haben europäische Sozialisten und Sozialdemokraten eine alternative Agenda für Europa.

Das Europa, das wir brauchen, ist ein Europa mit gerechtem und nachhaltigem Wachstum. Um auf einen Wachstumspfad zurückzugelangen und wirtschaftliche Stabilität zu erreichen, müssen unsere Volkswirtschaften sowie unser Banken- und Finanzsystem wieder der Gesellschaft dienen. Das Grundprinzip einer gerechten Wirtschaft ist, dass die Wirtschaft dem Wohl der Gesellschaft dient. **Wir müssen die durch Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene soziale und ökonomische Tragödie überwinden, die insbesondere junge Menschen trifft, denn dies ist eine entscheidende Herausforderung unserer Zeit.** Europa kann nur dann eine globale Führungsrolle einnehmen, wenn seine Stärke durch sein soziales Modell untermauert wird. Wir möchten eine Sozialunion entwickeln, die auf der Einführung gemeinsamer hoher sozialer Normen, insbesondere im Verhindern von Sozialdumping, der Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen, dem Zugang zu Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie zu sozialer Mobilität, der Sicherung von gleichem Zugang zu universellen öffentlichen Diensten von hoher Qualität und der Einführung angemessener Mindesteinkommen beruht.

Wir müssen die Umweltherausforderungen effizient meistern, um eine nachhaltige Gesellschaft aufzubauen. Wir sind der Ansicht, dass ein intelligentes, grünes Wachstum unsere Gesellschaften erfolgreich in die Zukunft bringen kann, während gleichzeitig unser Planet geschützt wird.

Das Europa, das wir brauchen, achtet die Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und die Chancengleichheit als Werte, die nie als gegeben hingenommen werden können. Wir müssen uns weiterhin an vorderster Stelle für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung von Frauen und Männern engagieren und diese Werte und Interessen weiterhin vertreten, fördern und gegen die Angriffe der Konservativen verteidigen - nicht nur durch gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern, sondern auch durch eine wirkliche Durchsetzung der Gleichstellungsaspekte in unserer gesamten Politik. Wir müssen heute unser Engagement für die Rechte der Frauen, insbesondere die reproduktiven und sexuellen Rechte, mehr denn je stärken, um sicherzustellen, dass in diesem Bereich keine Rückschritte erfolgen. Deshalb unterstützen wir die auf der Jahreskonferenz der SPE-Frauen

angenommene Resolution. Als globaler Akteur muss Europa mit einer Stimme sprechen, um unser einmaliges soziales Modell zu schützen und zu fördern.

Unsere sozialistische und sozialdemokratische Alternative

1. Ein sozialdemokratisches Programm zur Konjunkturbelebung

Die europäische Wirtschaft ist immer noch in der Krise und die Schuldenkrise muss erst noch grundlegend angegangen werden. Unsere Bürger stehen angesichts hoher Arbeitslosenquoten und sinkender Lebensstandards zunehmend unter Druck. Mehr Solidarität mit den Menschen, die am meisten von der Krise betroffen sind, ist erforderlich. Wir wenden uns gegen jegliche Versuche, die Krise für eine Sündenbocksuche, Schuldzuweisungen und Renationalisierung zu nutzen.

Wir müssen zuallererst **Wachstum und Beschäftigung für Frauen und Männer ankurbeln**. Um die Wirtschaft in Gang zu bringen, müssen durch Investitionen Wachstumsimpulse gegeben werden. Dies ist keine Alternative, sondern eine Voraussetzung, um stabile Haushalte und ein entwicklungsfähiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dafür müssen wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen. Um diese erforderlichen Maßnahmen zu finanzieren, werden wir eine Europäische Finanztransaktionssteuer gegebenenfalls über die Methode der erweiterten Kooperation umsetzen. Die Finanzierungskapazität der Europäischen Institutionen muss verstärkt werden. Solange die EZB ihr Mandat lediglich nutzt, um das Inflationsniveau künstlich niedrig zu halten, können weder die Investitionsraten verbessert, noch die Arbeitslosenquoten gesenkt werden. Die Kreditfinanzierung aus europäischen Mitteln sowie der Einsatz von Investitionsinstrumenten müssen zur Unterstützung einer europäischen Konjunkturbelebung verwendet werden. Gleichzeitig müssen eine zeitlich besser abgestimmte Konsolidierung und die Schaffung von steuerpolitischen Spielräumen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der nationalen Haushalte sowohl Bestandteil der steuerpolitischen Konsolidierungsprogramme als auch der Bemühungen um Haushaltsstabilität sein.

Die Kosten des Schuldendienstes müssen wieder unter Kontrolle gebracht werden. Wir begrüßen die Schritte der Europäischen Zentralbank zur kurzfristigen Senkung der Zinssätze, aber uns ist auch bewusst, dass langfristig mutige politische Lösungen erforderlich sind. Wir müssen einen Ausstieg einzelner Länder aus dem Euroraum verhindern und Spekulationen über ein Auseinanderbrechen des Euroraums Einhalt bieten. Dabei sollte es keine Tabus geben, alle Alternativen müssen sorgfältig geprüft werden. Ein europäischer Schuldentilgungsfonds bzw. die Einführung von Eurobonds sind Maßnahmen, die Solidarität fördern, zur Stabilisierung unserer Währung, zur Wiederherstellung unseres Wettbewerbsvorteils als vereinter Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Anziehung ausländischer Investitionen beitragen könnten. Darüber hinaus, um Staatsverschuldungen zu senken, sollten diejenigen, die über höhere Einkommen und höheren Wohlstand verfügen, einen angemessenen und fairen Beitrag leisten. Da die Krise und soziale Unruhen weiter anhalten, ist dies nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Diese Instrumente können aber nur funktionieren, wenn wir die Währungsunion durch eine wirkliche politische Union ergänzen.

Wir müssen die Entscheidungsbefugnisse der EU stärken und sicherstellen, dass die demokratische Kontrolle – in erster Linie durch ein gestärktes Europäisches Parlament – verbessert wird. Wir müssen wirksame Mechanismen und Schutzmaßnahmen gegen Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug entwickeln und fördern, durch die nicht nur die dringend benötigten öffentlichen Ressourcen geschmälert, sondern auch illegalen und unrechtmäßigen Finanzaktivitäten Vorschub geleistet wird, die lediglich dazu dienen, die wirtschaftliche und politische Krise zu verlängern, vor der wir heute stehen. Weiterhin prangern wir die von einigen konservativen Regierungen angekündigte Steueramnestie an.

Die Finanzkrise machte deutlich, dass eine stärkere **Regulierung und Überwachung des Finanzmarktes** erforderlich ist. Der Rahmen zur Einrichtung einer Bankenunion mit erweiterten Aufsichts- und Beschlussfassungsregeln muss im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Der Bankensektor muss reformiert werden und seine ursprüngliche Funktion zurückgewinnen, d.h. den Bedürfnissen der realen Wirtschaft dienen, unter anderem durch die Trennung zwischen Banken im Privatkundengeschäft und Investitionsbanken. Die finanzielle Liquidität muss wiederhergestellt und die Ersparnisse der Bankkunden müssen gesichert werden, um das Vertrauen zurückzugewinnen und das Risiko von größeren Anstürmen auf Banken zu senken. Der Schatten-Bankensektor muss dringend reguliert und der Verbraucherschutz verstärkt werden. Bankenähnliche Strukturen und Produkte, einschließlich unnötiger Derivate, Kreditausfallswaps und Leerverkäufe müssen verboten werden und ihr Handel darf nur durch zentrale Geschäftspartner erfolgen. Außerdem muss die Kreditwürdigkeit der Mitgliedstaaten gegen Finanzmarktspekulation geschützt werden. Dafür sollte eine Europäische Ratingagentur gegründet werden.

Der Haushalt der Europäischen Union muss solidarisch entwickelt werden. Er muss ein Investitionshaushalt und ein Instrument für Wachstum sein, mit dem Ziel die Wirtschaft wiederzubeleben, sowie sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern. Sein Umfang sollte diesen Zielen gerecht werden. Um diese wachstumsfördernden Ziele zu unterstützen, muss der gesamtögliche Umfang des Mehrjährigen Finanzrahmens genutzt werden. Die Finanztransaktionssteuer könnte von den Staaten, die sie erheben, genutzt werden, um ihre Beiträge zum EU Haushalt zu finanzieren. Durch diese Vorschläge würde Europas wirtschaftlicher Zusammenhalt gestärkt und die Kompetenzen der EU erhöht. Diskussion über die Größe und die Beschaffenheit des EU Haushalts haben Auswirkungen auf alle Unionsbürger. Volle demokratische Verantwortung und Legitimität muss dadurch hergestellt werden, dass die Diskussion um den EU Haushalt ein integraler Bestandteil der Europawahlen wird.

Die Auswirkungen der Finanzkrise waren gravierend. Es müssen unverzüglich Lösungen entwickelt und umgesetzt werden. Europa muss wieder finanzielle Stabilität erlangen und seine Mitgliedstaaten bei der Wiederherstellung eines realistischen Wirtschaftswachstums und der Erzielung nachhaltiger Haushalte unterstützen. Eine langfristige Lösung der Krise erfordert, die starken Divergenzen zwischen den Wirtschaften in der Eurozone durch gemeinsame Wirtschaftspolitiken und gemeinsame Investitionen in Innovation, Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze zu verringern. Wir müssen effektive Politiken umsetzen, um den Steuersenkungswettlauf zu beenden.

Wir müssen sicherstellen, dass umfassende Reformen und Fortschritte auf dem Weg zu einer wahrhaftigen Wirtschafts- und Währungsunion so schnell wie möglich erfolgen, und dass Reformen in bestimmten Sektoren wie der Bankenunion durch Fortschritte in den Bereichen des integrierten Haushaltsrahmens, koordinierte und nachhaltige Wirtschaftspolitiken, der demokratischen Rechenschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der sozialen Dimension begleitet werden.

2. Schaffung von Arbeitsplätzen und gerechtem Wachstum in ganz Europa

Gerechtes und nachhaltiges Wachstum sowie die Schaffung von mehr und qualitativ hochwertigeren Arbeitsplätzen sind Voraussetzungen für eine solide Wirtschaft, Haushaltskonsolidierung und höhere Lebensstandards in der Gesellschaft. Die Überwindung der Krise wird nur möglich sein, wenn die Staaten ihrer Aufgabe nachkommen, die richtigen Rahmenbedingungen für ein gerechtes Wachstum zu schaffen, und der Finanz-, Banken- und Privatsektor mehr Verantwortung für nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung

übernehmen. Aufgrund der erhöhten Interdependenz unserer Volkswirtschaften untereinander muss Europa in diesem Prozess eine Schlüsselrolle spielen.

Die Kohäsionspolitik der EU ist essentiell für die Unterstützung der Europa 2020 Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen ist es notwendig, zu gewährleisten, dass im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 – 2020 die notwendigen finanziellen Mittel für die Kohäsionspolitik bereitstehen. Um die Gründung einer Sozialunion zu ermöglichen, sollte der Europäische Sozialfond im Mehrjährigen Finanzrahmen mindestens 25% der EU Kohäsionsmittel ausmachen. Darüber hinaus müssen ausreichend Finanzmittel für das Horizont 2020 Paket zur Verfügung stehen, um die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft zu fördern, insbesondere durch die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Um Massenarbeitslosigkeit zu beenden und um auf den Weg zu Vollbeschäftigung zurückzugelangen, muss ein **Europäischer Beschäftigungspakt** umgesetzt werden. Europäische Finanzmittel müssen besser genutzt und zusätzliche Einnahmen generiert werden, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen und Männer aktiv zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten müssen dazu übergehen, Finanzmittel von passiven zu aktiven arbeitsmarktpolitische Instrumenten umzuschichten, um alle Frauen und Männer dabei zu unterstützen, zur Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft beizutragen. Weiterhin müssen geschlechtsspezifische Belange im Arbeitsumfeld berücksichtigt werden, um Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu gewährleisten. Außerdem müssen ausreichende, bezahlbare und qualitativ hochwertige Betreuungsdienste und -einrichtungen für Kinder und ältere Menschen geschaffen werden, um bei der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gleiche Chancen für Frauen und Männer zu gewährleisten.

Eine sofortige Priorität hat die Überwindung der **Jugendarbeitslosigkeit** in ganz Europa. Die SPE würdigt und begrüßt die verschiedenen politischen Initiativen der Mitgliedsparteien, um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen. Eine **Europäische Jugendgarantie** muss in allen Mitgliedstaaten schrittweise umgesetzt werden, mit der jeder jungen Frau und jedem jungen Mann ein staatlich garantiertes Recht auf einen neuen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle bzw. eine Weiterbildungsmaßnahme spätestens vier Monate nach Verlassen des Bildungssystems oder dem Verlust des Arbeitsplatzes zugesichert wird. Es muss unverzüglich ein Europäisches Beschäftigungsprogramm in Höhe von mindestens 10 Mrd. Euro zur Finanzierung neuer Arbeitsplätze und zur Unterstützung einer besseren Aus- und Weiterbildung aufgelegt werden. Dieses Programm muss starke Gleichstellungsaspekte beinhalten, um zu verhindern, dass sich die Kluft zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und später in der Gesellschaft weiter vertieft.

Die Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen** ist entscheidend für Europas wirtschaftlichen Erfolg. Statt des konservativen Rezepts des Sozialabbaus und der Verringerung der Löhne müssen folgende Strukturreformen verfolgt werden:

- Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen erhöht werden.
- Europas Industrien müssen eine zentrale und dynamische Rolle bei der Transformation unserer Volkswirtschaften und der Entwicklung unserer Regionen spielen, indem sie erstklassige Innovation und grünes Wachstum fördern. Deshalb muss ein Reindustrialisierungsprozess eingeleitet werden. Der produzierende Sektor, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Kleinstunternehmen - die ein wichtiger Motor der europäischen Wirtschaft sind - müssen mehr Unterstützung

erhalten und es muss eine qualitativ hochwertige Infrastruktur aufgebaut werden, zum Beispiel durch Zugang zu sauberer, zuverlässiger und bezahlbarer Energie, Breitbandnetzen und Verkehr. Zu diesem Zweck ist auf EU-Ebene eine wachstumsorientierte Überprüfung der einschlägigen staatlichen Förderprogramme erforderlich.

- Die Energie- und Ressourceneinsatz muss reduziert werden, wobei insbesondere die Senkung der CO₂-Emissionen im Mittelpunkt stehen muss.
- Es müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um jegliche Form der Innovation zu fördern, und es müssen mehr Ressourcen in Forschung und Entwicklung gesteckt werden.
- Die Vertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss in Unternehmen verstärkt werden, damit sie eine aktive Rolle in der Wirtschaft spielen können. Wir müssen Hindernisse für den Eintritt von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beseitigen. Weiterhin müssen wir Frauen gleiche Chancen auf Zugang zu Entscheidungspositionen innerhalb der Unternehmen einräumen.

3. Entwicklung einer Sozialunion

Seit Beginn der Krise wird das Leben für die Menschen in Europa tagtäglich schwerer. Ungleichheit und soziale Entbehrungen haben zugenommen. Die Arbeitslosigkeit in der EU hat bisher nie da gewesene Ausmaße erreicht und die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, steigt weiterhin, insbesondere unter Frauen und Kindern. **Um die Krise zu überwinden und ein langfristig gerechtes und nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen, müssen der Stabilitäts- und Wachstumspakt und der fiskalpolitische Pakt durch einen Sozialpakt ergänzt werden. Dieser Sozialpakt muss ein starkes Gegengewicht zu den makroökonomischen Maßnahmen darstellen und eins der Hauptelemente einer Sozialunion sein.**

In einem **Sozialpakt** müssen für die Mitgliedstaaten soziale Mindestausgaben auf einem hohen Niveau definiert werden, mit denen ein Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards und Sozialdumping verhindert wird. Unter Anderem sollten die Bildungsausgaben mindestens 6 % des BIP erreichen, und 6 % des Europäischen Haushalts sollte für Aus- und Weiterbildung eingesetzt werden.

In einer Sozialunion darf die Umsetzung wirtschaftlicher Freiheiten in der Europäischen Union nicht zur Missachtung **sozialer Rechte** führen. Das Prinzip, dass der Schutz sozialer Rechte nicht wirtschaftlichen Freiheiten untergeordnet werden darf, sollte in der primären und sekundären Europäischen Gesetzgebung verankert werden. Die Achtung der Charta der Grundrechte muss durch den Europäischen Gerichtshof und die anderen EU-Institutionen gewährleistet werden. Bei allen europäischen Maßnahmen und Programmen müssen soziale Belange, einschließlich der Gleichstellungsaspekte, sowie das Ziel der Vollbeschäftigung berücksichtigt werden.

Die Überwindung sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, die Ermöglichung desselben Wohlstands für alle Bürgerinnen und Bürger sowie ihr sozialer Schutz müssen Hauptziele der Europäischen Union sein. In einer Sozialunion müssen **gemeinsame** und hohe **soziale Normen** auf europäischer Ebene definiert und in allen Mitgliedstaaten gesetzlich verankert werden:

- In allen Mitgliedstaaten muss ein angemessener Lohn gewährleistet werden. Angemessene Mindestlöhne müssen entweder per Gesetz oder im Zuge von Tarifverhandlungen eingeführt werden.
- Jeder Mensch in Europa muss den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz erhalten. Dies erfordert eine neue Debatte der Entsenderichtlinie, die unter Umständen zu einer Überarbeitung führen kann, sowie eine bessere Überwachung und Schutz gegen Sozialdumping in allen Mitgliedstaaten.
- Die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen unverzüglich abgeschafft werden. Für alle Mitgliedstaaten muss das Ziel der Reduzierung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles um 2 % pro Jahr verbindlich werden.
- Es müssen gemeinsame Normen für den Schutz der Arbeitnehmer festgelegt werden, die ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld gewährleisten. Dies erfordert unter anderem eine Stärkung der Arbeitszeitrichtlinie, um den sozialen Schutz der Arbeitnehmer in der gesamten EU zu verbessern.
- Arbeitsmarktpolitiken in Europa müssen an das 21. Jahrhundert angepasst werden. Wir müssen in lebenslanges Lernen investieren und die umfassende Beteiligung älterer Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft sicherstellen.
- Auf der Grundlage des Europa 2020 Ziels zur Reduzierung der Anzahl der Menschen, die in Armut leben, muss jeder Mitgliedstaat Pläne entwickeln und verbindliche Ziele setzen, um die Anzahl der Menschen zu reduzieren, die unter sozialen Entbehrungen leiden. Es muss ein universeller Zugang zu menschenwürdigem und bezahlbarem Wohnraum gesichert werden. Frauen sind immer noch unverhältnismäßig stark von Armut betroffen. Solche Pläne müssen daher eine starke Gender-Perspektive beinhalten.
- Es sollten gemeinsame Standards für die Angemessenheit, Zuverlässigkeit und Erschwinglichkeit öffentlicher Dienstleistungen eingeführt werden, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zur Verfügung stehen müssen.
- In der gesamten EU muss ein universeller Zugang zu bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Bildung gesichert werden, wobei insbesondere Maßnahmen zur Reduzierung der Schulabrecherquote erforderlich sind.
- In jedem Mitgliedstaat müssen die Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf Zugang zu aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitslosen muss ermöglicht werden, entweder direkt einen neuen, angemessenen Arbeitsplatz zu finden oder die dazu erforderlichen Kenntnisse zu erwerben.
- Um zu gewährleisten, dass die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen, insbesondere die Langzeitarbeitslosen, ebenfalls einen angemessenen Lebensstandard genießen können, sollte eine Europäische Rahmenrichtlinie über Mindesteinkommen angenommen werden, die festlegt, dass in allen Mitgliedstaaten Mindesteinkommen gezahlt und Mindestkriterien hinsichtlich Angemessenheit und Zugänglichkeit definiert werden.
- Für die gesamte EU müssen angemessene Mindestrenten auf der Grundlage des durchschnittlichen Einkommensniveaus oder der Lebenshaltungskosten festgelegt

werden. Durch Strukturreformen muss abgesichert werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger wenigstens diese Mindestrente erhalten.

- Das geschlechtsspezifische Rentengefälle muss überwunden werden, um gleiche Rechte für ältere Frauen und Männer zu gewährleisten. Mitgliedstaaten sollten zum Beispiel das Konzept der Betreuungsgutschriften zur rentenrechtlichen Anerkennung von Pflegezeiten aufgreifen, mit dem Frauen und Männer Rentenpunkte erhalten, wenn sie sich für eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses entscheiden, um sich um Kinder oder Eltern zu kümmern.
- Gesundheits- und Pflegedienstsysteme müssen reformiert und so finanziert werden, dass jeder das Recht auf angemessene Betreuung hat. In den Fürsorgesystemen, einschließlich gesundheitlicher und langfristiger Betreuung, müssen gemeinsame Standards eingeführt, Reformen umgesetzt und die Finanzierung verbessert werden, um einen menschenwürdigen Lebensstandard für jene Bürgerinnen und Bürger zu sichern, die auf sich allein gestellt nicht für sich sorgen können und Unterstützung brauchen. Die Anzahl der Menschen, die sich aus gesundheitlichen Gründen oder wegen der Betreuung von Familienangehörigen nicht am Arbeitsmarkt beteiligen können, muss verringert werden. Familiäre Unterstützung darf nicht als Ersatz für einen mangelhaften Sozialstaat missbraucht werden.

Die Einführung gemeinsamer sozialer Normen darf in keinem Land zu einer Kürzung der Sozialleistungen führen. Stattdessen sollte sie den Mitgliedstaaten als Möglichkeit dienen, die Standards auf Ebene der führenden Mitgliedstaaten anzuheben. Die Einbeziehung der Sozialpartner und ein institutionalisierter sozialer Dialog werden von der SPE als Schlüsselemente betrachtet, um nachhaltige soziale Vereinbarungen zu erreichen.

Diese Ziele und das Gesamtanliegen, die Qualität der Sozialstaaten zu erhalten und zu stärken, wird nicht mit einer allein auf Sparmaßnahmen ausgerichteten Politik der Konservativen erreicht werden. Anstatt unsere Sozialstaaten weiter zu schwächen, müssen die erforderlichen Reformen zu deren Stärkung durchgesetzt und finanziert werden, um allen Menschen die Chance zu geben, zur Gesellschaft, in der sie leben, und zur Entwicklung eines gerechten Wachstums in Europa beizutragen.

4. Der Schutz unserer Umwelt: Nachhaltiger Einsatz der Ressourcen

Die europäische Wirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten, ist nicht nur notwendig, um den Klimawandel aufzuhalten, sondern auch, um die Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen, neue, menschenwürdige Arbeitsplätze für Frauen und Männer zu schaffen und Wachstum zu fördern. Der europäische und die nationalen Budgets müssen zur umweltfreundlicheren Gestaltung unserer Wirtschaft beitragen, unter anderem durch die Gewährleistung ausreichender Investitionen in umweltfreundliche Technologien. Auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene müssen Maßnahmen umgesetzt werden, um zu gewährleisten, dass der Landwirtschaftssektor zu grünem Wachstum, einer Senkung der Emissionen und zum Erhalt der biologischen Vielfalt beiträgt.

Der Energie- und Ressourcenverbrauch in den Produktionsprozessen muss verringert und es müssen verbindliche Ziele für die Senkung der CO₂-Emissionen umgesetzt werden. Die Einführung entsprechender europäischer und nationaler Gesetzesvorschriften wird zu einer Senkung der Preise für europäische Produkte und der europäischen Importabhängigkeit führen.

Dazu muss mehr recycelt und die Energieeffizienz verbessert werden, unter anderem durch Einführung eines umfassenden Programms zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, insbesondere im sozialen Wohnungsbau. Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien hat bereits sehr positive Ergebnisse gebracht und muss weiter beschleunigt werden, zum Beispiel, indem das Europäische Emissionshandelssystem effizienter gestaltet, eine starke nationale Gesetzgebung eingeführt wird, um erneuerbaren Energieträger prioritär zu behandeln und durch die europaweite Einführung einer Kohlenstoffsteuer, koordiniert auf EU-Ebene, um erneuerbare Energien wettbewerbsfähiger zu machen und die Dekarbonisierung der Energieproduktion zu Beschleunigen..

Heute geht immer noch mehr als eine Milliarde Menschen in der Welt hungrig zu Bett. Wir können das nicht hinnehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass die europäische Politik im Bereich der Biokraftstoffe nicht die Lebensmittelsicherheit gefährdeter Menschen und Gemeinden beeinträchtigt. Europa sollte bei der Schaffung einer sozial gerechten Lebensmittel- und Landwirtschaftsstrategie die Führung übernehmen. Auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung sind stärkere Anstrengungen nötig, um die Verringerung der biologischen Vielfalt in Europa und darüber hinaus aufzuhalten.

Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um zu gewährleisten, dass Frauen und Männer zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit der europäischen Wirtschaft, der Entwicklung einer nachhaltigen Zukunft und der Bekämpfung des Klimawandels beitragen und umfassend und gleichberechtigt von diesem Prozess profitieren. Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen dieser Maßnahmen müssen vollständig berücksichtigt werden.

5. Wahrung und Stärkung der Demokratie

Die Demokratie zählt zu unseren Grundwerten. Sie ist Bestandteil des Fundaments der Europäischen Union und unser wichtigstes Instrument um den regionalen und internationalen Einfluss Europas aufrechtzuerhalten und zu stärken. Die europäische Demokratie steckt jedoch in einer Krise. Angesichts der durch die Krise hervorgerufenen sozialen Not und der Enttäuschung der Menschen über die Reaktionen der konservativen Politiker haben populistische Bewegungen Auftrieb erhalten.

Es sind jedoch nicht nur diese Bewegungen, welche die demokratischen Normen in Frage stellen. Es gibt in verschiedenen europäischen Ländern Versuche von einigen politischen Kräften, die Demokratie, einschließlich der lokalen Demokratie, zu untergraben, die Unabhängigkeit der Justiz zu beschneiden, politische Opposition zu beseitigen und die elementarste Möglichkeit der politischen Beteiligung der Bürger, das Recht auf demokratische Wahlen, abzuschaffen. Die Freiheit der Meinungsäußerung und der Information wird gefährdet, sei es durch den Staat oder mächtige private Unternehmen, im Rundfunk, der Presse oder dem Internet.

Wir müssen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und autoritäre Tendenzen bekämpfen, die in Europa entstanden sind und unsere Grundprinzipien und Grundwerte bedrohen. Europa muss weiterhin ein globales Beispiel für die Achtung und den Schutz von geschlechtsspezifischen, ethnischen, religiösen und sexuellen Rechten geben.

Heute ist das Gleichgewicht zwischen der Wirtschaft und dem politischen System zum Nachteil der Demokratie aus dem Lot geraten, da Finanzmärkte und Finanzakteure einen enormen Einfluss auf die Fähigkeit des Staates zur eigenständigen Beschlussfassung haben.

Die Achtung der menschlichen Würde, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Gleichheit, einschließlich der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Rechtsstaatlichkeit sind nicht als selbstverständlich hinzunehmen, sondern müssen überwacht, geschützt und fortlaufend erstritten werden. Die SPE ist bereit, sich in diesem Kampf voll und ganz zu engagieren.

Für die SPE ist und bleibt die Europäische Union eine Union der Werte. Wenn einer dieser Werte in einem der Mitgliedstaaten bedroht ist, ist dies nicht nur eine Frage der innerstaatlichen Politik, sondern hat Konsequenzen für die gesamte Union. Deshalb muss die Reaktion auf diese Gefahren sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene erfolgen. Die SPE und ihre Mitgliedsparteien sind der Stärkung der Demokratie überall in Europa verpflichtet.

Wir sind der Meinung, dass dazu ein geeigneter Europäischer Mechanismus zur Überwachung der demokratischen Normen gehören sollte, so wie sie in den Kriterien von Kopenhagen und in den Verträgen verankert sind, und dass dies mit angemessenen Sanktionen einhergehen muss, die nicht nur auf EU-Beitrittskandidaten, sondern auch auf Mitgliedstaaten nach dem Beitritt anzuwenden sind. Um dies zu erreichen, muss die Europäische Union die bestehenden institutionellen Mechanismen vollständig nutzen und ggf. neue Mechanismen einführen.

Die SPE glaubt an aktive Bürgerinnen und Bürger, deren Recht auf Entscheidungen - die auf umfassenden Informationen basieren - garantiert ist und die gewillt sind, von diesem Recht Gebrauch zu machen. **Wir wollen das Vertrauen und die Identifizierung der Menschen mit der Demokratie wiederherstellen.** Ein entscheidendes Element dazu ist die Betonung, dass alle Mitglieder unserer Familie gemäß den höchsten ethischen und moralischen Standards arbeiten und Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft bekämpfen. Die Stärkung der Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse und die Verantwortlichkeit der politischen Akteure sind von größter Bedeutung, um eine wirksame demokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. In dieser Hinsicht sollte auch der regelmäßige Dialog mit der Zivilgesellschaft und repräsentativen Vereinigungen gefördert werden.

In unseren eigenen Parteien, steht der Kampf gegen Korruption, für Demokratie und Transparenz an erster Stelle. Nur wenn wir unseren eigenen Standards gerecht werden, können wir das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen erlangen.

Es ist zudem äußerst wichtig, offener für die Einbeziehung aller in politische Prozesse zu sein, um eine Demokratie zu schaffen, die die Vielfalt unserer Gesellschaften tatsächlich widerspiegelt. Deshalb müssen wir die Rechte der Menschen aller Geschlechter, Altersgruppen, ethnischer Herkunft, Religionen und sexueller Ausrichtungen sowie von Menschen mit Behinderung schützen und offener für deren Beteiligung in allen Bereichen des demokratischen Lebens einsetzen. **Ein integrativer Ansatz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sollte gefördert und umgesetzt werden.**

Wir müssen Demokratie stärken, eine breite Europäische Debatte lancieren und einen Konvent initiieren, der Reformen für ein solidarisches, gleichberechtigtes, fortschrittliches und demokratisches Europa ausarbeitet und somit zu einer erneuerten Europäischen Union beiträgt. Wir werden jeden Versuch der Konservativen zurückweisen, Intergouvernementalismus zu stärken. Stattdessen setzen wir uns für eine stärkere demokratische Dimension für Europa ein. Wir sind überzeugt, dass die Rolle nationaler Parlamente zentral für das demokratische Leben der EU ist. Darüber hinaus werden wir konkrete Vorschläge erarbeiten, um das Europäische Parlament als Herz europäischer

Demokratie zu stärken. Unter anderem fordern wir das volle Recht für legislative Initiativen und umfassendere Haushaltsrechte für das Europäische Parlament.

Demokratische Legitimität setzt die Akzeptanz und Anerkennung durch das Volk voraus. **Neben tatsächlicher politischer Vertretung hat die Stärkung der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen eine wesentliche Bedeutung, um die Rechtmäßigkeit des legislativen Prozesses auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene zu sichern.** Dazu sind auch tiefgreifende Überlegungen über alternative Mittel der partizipativen Demokratie erforderlich, insbesondere unter Berücksichtigung neuer Kommunikationstechnologien und -plattformen. Die SPE wird sich dafür einsetzen, alle Menschen in die demokratische Beteiligung einzubinden. Wir stehen in der Verantwortung, eine wahrhaft europäische politische Debatte darüber zu führen, wie sich Europa auf das Leben der Menschen auswirkt. Die SPE engagiert sich dafür, den Stimmen der Bürgerinnen und Bürger ein stärkeres Gewicht zu geben. Deshalb unterstützen wir voll und ganz die Europäische Bürgerinitiative als ein neues Recht der EU-Bürgerinnen und -Bürger, das zur Reduzierung des demokratischen Defizits der Europäischen Union beitragen kann.

Wir werden weiterhin für eine fortschrittliche und umfassende Migrationspolitik eintreten und das Thema Migration im Sinne einer gerechten und demokratischen Gesellschaft in alle Politikbereiche einbeziehen. Migration muss effizient und unter Berücksichtigung der Belange beider Seiten - der Migranten und der aufnehmenden Kommunen - gesteuert werden. Eine solche Politik sollte Hand in Hand mit den Herkunfts- und Transitländern erfolgen, um die tieferen Ursachen der Migration anzugehen und einen gemeinsamen Ansatz zu entwickeln und die illegale Einwanderung zu bekämpfen. Sie sollte auch die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der Migration für die europäischen Gesellschaften nutzen, zu denen positive Auswirkungen auf demografische Herausforderungen, auf Engpässe auf dem Arbeitsmarkt oder die Nachhaltigkeit unserer Sozialversicherungssysteme zählen. **Integration sollte ein Meilenstein unseres sozialdemokratischen Ansatzes sein, ebenso wie die Wahrung grundlegender Rechte von EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern.** Wir müssen die Rechte der Migranten in den Gesellschaften garantieren, in denen sie leben, und ihnen geeignete Instrumente zur Integration geben, wie beispielsweise Sprachkurse, Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum. Alle Einwohner sollten ein aktives und passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen gemäß den auf nationaler Ebene festgelegten Bedingungen haben.

Wir engagieren uns dafür, Flüchtlingen und Asylbewerbern, die aus ihrem Land fliehen, Sicherheit und Schutz in Europa zu gewähren. Politische Maßnahmen und Normen sollten so harmonisiert werden, dass Asylbewerber überall in der Union die gleiche Anerkennung, Aufnahme und Unterstützung erhalten. Wir treten gegen unmenschliche und erniedrigende Behandlung ein und dafür, dass besonders schutzbedürftige Gruppen wie schwangere Frauen, Kinder, Opfer von Folter oder von Menschenhandel sowie Personen mit gesundheitlichen Problemen die notwendige Unterstützung erhalten.

Die Schließung der EU-Grenzen kann nicht die Antwort sein. Die EU muss den gemeinsamen Ansatz bei der Ein- und Ausreise stärken, um sicherzustellen, dass für Einreisende in allen Mitgliedstaaten die gleichen Bedingungen gelten und ihre Rechte geachtet werden. Gleichzeitig müssen wir den Schengen-Acquis aufrechterhalten, der zu großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritten geführt hat, und die Rolle und Rechte des Europäischen Parlaments schützen. Die Krise darf daher nicht als Vorwand missbraucht werden, um auf Grund von populistischen und protektionistischen Forderungen interne EU-Grenzen neu einzuführen. Gleichmaßen müssen die europäischen Staaten Solidarität zeigen und wirkliche Mechanismen zur Aufteilung der Verantwortung finden, um

eine Situation zu vermeiden, in der bestimmte Mitgliedstaaten unverhältnismäßig stark von illegalen Einwanderungsströmen betroffen sind.]

6. Eine gerechte Welt

Europa muss ein hauptsächlicher internationaler politischer Akteur mit einer einheitlichen Stimme sein, der sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus einsetzt. Ziele wie die Beseitigung von Armut, das Streben nach nachhaltigem Wachstum weltweit, der Kampf gegen den Klimawandel und die Nichtverbreitung von Kernwaffen sind die wichtigsten Leitlinien unserer sozialdemokratischen Außenpolitik.

Gemeinsam sind wir in der Welt stärker als allein. Insbesondere jetzt, da neue Supermächte wie Indien und China eine zunehmend bedeutende Rolle spielen und die globalen Probleme immer stärker miteinander vernetzt sind, kommt es darauf an, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen. Europa ist mehr als nur ein Markt. Es ist auch eine Wertegemeinschaft, die für Menschenrechte und Demokratie steht. Diese Werte müssen sich immer auch in der Außenpolitik der EU widerspiegeln.

Während die EU mit einer ernsthaften Krise innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu tun hat, ist sie gleichzeitig mit neuen globalen Herausforderungen konfrontiert. Die Finanzkrise, zunehmende Armut und Gefährdungen der Menschenrechte, der Arabische Frühling und die Syrienkrise, die Intensivierung der Freihandelsabkommen und die aufstrebenden BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) sind nur einige der Themen, denen sich die EU gegenwärtig stellen muss. Mit dem Erscheinen der BRICS-Länder ist auf der internationalen Ebene ein neues Kräfteverhältnis entstanden.

Durch die globale Krise zeichnen sich verschiedene Tendenzen klar ab. Nach der Annahme des Vertrags von Lissabon und der Ernennung der Hohen Vertreterin ist es an der Zeit, über die EU-Außenpolitik intensiver nachzudenken. Wir können nicht über Einfluss, bilaterale Beziehungen und die Präsenz der EU in multilateralen Foren sprechen, ohne die breitere Perspektive, die Ziele, Interessen, Instrumente und Partner zu betrachten.

Die EU muss weiterhin Druck ausüben, damit die Regelungen des Welthandels der sozialen Gerechtigkeit und dem nachhaltigen Wachstum dienen, um verbindliche globale Vereinbarungen über Maßnahmen gegen den Klimawandel zu erreichen, Steuerparadiese abzuschaffen, eine Finanztransaktionssteuer zu fördern und die Finanzmärkte zu zügeln. Als sozialdemokratische Kräfte müssen wir **Lösungen für die globalen Ungleichgewichte und Ungleichheiten** anbieten. Noch nie war die Welt so reich wie jetzt und es ist daher nicht hinnehmbar, dass Armut, Krankheiten und Ungerechtigkeit weiterhin zunehmen. Wir brauchen eine langfristige Agenda, einen **Global New Deal**.

Die EU muss ihre erfolgreiche Erweiterungspolitik fortsetzen und die Integration der Staaten des westlichen Balkans fortführen. Wir müssen uns verpflichten, eine weitere Erweiterung auf der Grundlage von Verdiensten und unter Achtung der Kriterien von Kopenhagen fortzusetzen. Eine europäische Perspektive kann nur durch Zusammenhalt, Vereinigung und Einbeziehung sowie verstärkte Kooperation mit unseren europäischen Nachbarn aufgebaut werden. Die EU sollte ihre Nachbarschaftspolitik verstärken. Europa sollte nach seiner Effektivität in seinen Nachbarländern beurteilt werden. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit in der Welt. Die SPE setzt sich für eine faire und realisierbare Lösung des Zypernproblems ein, auf Grundlage der Resolutionen der VN sowie den Werten und Prinzipien der EU.

Die SPE macht sich für die Unterstützung **der Ansprüche auf Würde, Demokratie und Freiheit in der arabischen Welt** stark, für die Sicherung eines erfolgreichen demokratischen Übergangs, für das Entstehen starker und moderner sozialdemokratischen Parteien in der Region und die Anerkennung und Unterstützung einer stärkeren Rolle der Frauen bei den Demokratisierungs- und Friedensprozessen. Die SPE war die erste europäische politische Parteienfamilie, die 2011 und 2012 in Tunesien Konferenzen zum Arabischen Frühling veranstaltete und Vertreter der tunesischen Opposition sowie Gäste aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Europa zusammenbrachte. Die SPE appelliert deshalb an die EU, eine demokratische Entwicklung in der Region zu fördern, indem die Assoziierungsabkommen an diese Werte geknüpft werden. Politische Reform sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung sind entscheidende Faktoren, um Hoffnung für die Zukunft zu schaffen. Wir werden weiterhin den Geist der Hoffnung und Würde unterstützen, der das Fundament des Arabischen Frühlings bildet.

Das Engagement der EU gegenüber dem Südlichen Mittelmeerraum sollte mit einer aktiven Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn zur Unterstützung der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts einhergehen. Die EU muss den Prozess der Annäherung zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft weiter entwickeln und vertiefen und dabei auch die Bestimmungen von Art. 49 des EU-Vertrags berücksichtigen.

Die **strategischen Partner der EU** sind von enormer Bedeutung in unserem Streben nach geeigneten und nachhaltigen Antworten auf globale Herausforderungen. Als SPE müssen wir mit unseren **progressiven Partnern weltweit** zusammenarbeiten. Das Global Progressive Forum (GPF) ist ein Schlüsselinstrument für progressive Kräfte und wir bereiten uns auf die **nächste GPF-Weltkonferenz in Brasilien vor**. Außerdem müssen wir eine starke Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Internationale fortsetzen.

Angesichts der neuen globalen Machtaufteilung muss die EU mit einer Stimme sprechen, um sich stärker zu profilieren und Frieden, nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz sowie das europäische Sozialmodell, die Menschenrechte, die Rechte von Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter, Arbeitnehmerrechte, menschenwürdige Arbeit und Demokratie zu fördern.

Unsere Instrumente

Um solch ein progressives, sozialistisches und sozialdemokratisches Europa aufzubauen, müssen wir die politische Mehrheit in Europa insgesamt ändern. Wir tun dies, indem wir Wahlen gewinnen und somit das Kräfteverhältnis im Europäischen Rat verändern. Der ächste Schritt ist es, die Europawahlen 2014 zu gewinnen. Auf diese Weise können wir sicherstellen, dass der nächste die nächste Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission aus unserer Familie stammt.

Unsere Partei engagiert sich an vorderster Stelle für eine demokratischere EU. Der auf dem Parteitag 2009 in Prag gefasste Beschluss, eine gemeinsame Kandidatin oder einen gemeinsamen Kandidaten für den Vorsitz der Europäischen Kommission aufzustellen, war eine historische Entscheidung. Wir werden unsere Kandidatin oder unseren Kandidaten in einem offenen, transparenten und demokratischen Verfahren wählen, der ihr oder ihm ein starkes Mandat geben wird, um unseren Wahlkampf anzuführen und Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission zu werden. **Den Bürgerinnen und Bürgern eine Persönlichkeit zu präsentieren, die unser Programm verkörpert, ist ein Schlüssel für unsere Wahlkampagne 2014.**

Wir bereiten uns nun auf den Wahlkampf 2014 vor. Die SPE ist mit einem erstmals gemeinsamen Kandidaten, der in einem offenen, transparenten und demokratischen Verfahren gewählt wird, sowie mit einem von allen Mitgliedsparteien gemeinsam entwickelten Programm in einer einzigartigen Position. **Wir werden eine gemeinsame Strategie entwickeln, die all unseren Parteien zugutekommt und dazu dient, unseren Mitgliedsparteien die Instrumente zu bieten, die sie brauchen, um auf nationaler Ebene erfolgreich zu sein.** Wir werden die erste Europäische Parteienfamilie sein, die einen wirklich europäischen Wahlkampf führt, der überall in Europa mit gemeinsamen Aussagen und einem gemeinsamen Auftritt sichtbar ist.

Auf dem Parteitag 2009 in Prag haben wir auch ein umfassendes Erneuerungsprogramm angenommen: *Unsere Vision für zukunftsorientierte Gesellschaften im 21. Jahrhundert.* Die halbe Strecke dieses Prozesses liegt bereits hinter uns. Die Grundsatzerklärung wurde letztes Jahr verabschiedet und das Grundsatzprogramm wird nächstes Jahr angenommen werden. Mit diesen Dokumenten wird das intellektuelle Rückgrat der Partei gestärkt. Sie werden jetzt zu einem Wahlprogramm entwickelt, das die Grundlage eines maßgeblichen Programms zur Regierungsführung in der EU sein wird. Gleichzeitig trägt unser Modernisierungsnetzwerk als zweite Säule unseres Erneuerungsprozesses dazu bei, dass wir eine effiziente Kampagnenpartei sind.

Dort, wo wir in der Regierung sind, müssen wir die Art und Weise wie wir zusammenarbeiten verbessern. Dies erfolgt bereits durch **gut vorbereitete, regelmäßige und gut besuchte Vorbereitungstreffen des Europäischen Rates** für jene Ministerpräsidenten, Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Europäischen Institutionen, die unserer politischen Familie angehören. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung dieser Methode zur **Festlegung gemeinsamer Politiken für die Europäische Union und die Einflussnahme auf die Beschlüsse der europäischen Institutionen** ein. Wir müssen sicherstellen, dass das demokratisch gewählte Europäische Parlament seinen Einfluss auf die Politikgestaltung und die europäische Zukunft bewahrt.

Wir werden unsere Ministertreffen ausbauen, um den Ministern einen Austausch zu ihren Politikbereichen zu ermöglichen, **unsere hauptsächlichen politischen Akteure zu koordinieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, besser auf die europäischen**

Entscheidungen Einfluss zu nehmen, die für ihren jeweiligen Fachbereich relevant sind.

Parteien, die heute in der Opposition sind, werden morgen in der Regierung sein. **Wir werden die Instrumente für die Zusammenarbeit unserer Parteien in Regierungsfunktion und in der Opposition weiterentwickeln.** Sehr wichtig sind die regelmäßigen, politischen und strategischen Treffen der Parteivorsitzenden. Wir werden die Arbeit der thematischen Politiknetzwerke der SPE für die Vertreter der nationalen Parteien verstärken, um gemeinsame politische Positionen zu entwickeln, die unsere Werte zu allen Themen widerspiegeln, bewährte Praktiken auszutauschen und unsere Aktivitäten zu koordinieren.

Um wirkliche Akteure des Wandels zu sein, müssen wir gemeinsam die Bedingungen für unseren eigenen Erfolg schaffen. Die SPE muss das Instrument sein, um diese Ziele 2014 zu erreichen. **Wir müssen uns besser gegenseitig in den nationalen Wahlkämpfen unterstützen.** Dazu werden wir eine Plattform für die Mitgliedsparteien zum Austausch bewährter Praktiken im Wahlkampf, in der Parteiorganisation sowie für politische Ideen einrichten. Dies sind Bereiche, in denen einige unserer Mitgliedsparteien umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen haben, die für andere Parteien von enormem Nutzen sein könnten, insbesondere im Kontext des nationalen Wahlkampfes. Es muss ein System entwickelt werden, das diese Art von Austausch ermöglicht.

Um die Wahrnehmung der Europäischen Partei zu verbessern, müssen wir unsere Arbeit mit den Mitgliedern unserer Mitgliedsparteien und -organisationen verbessern. Dazu sollten sie eng in Projekte und Veranstaltungen der SPE einbezogen werden. **Dies kann durch eine weitere Entwicklung und Schulung der SPE-Aktivisten erfolgen. Alle Mitglieder unserer Mitgliedsparteien sollten SPE-Aktivisten sein. Außerdem müssen wir die Integration der SPE und ihrer Mitgliedsparteien und -organisationen auf allen Organisationsebenen verbessern** und dafür sorgen, dass die Mitglieder von SPE-Organen mit den nationalen Parteien politische Strukturen und Aktivitäten besser koordinieren können, und zwar nicht nur bei bestimmten Maßnahmen, sondern auch hinsichtlich des Zeitpunkts von Aktionen und Kampagnen.

Unsere Parteien müssen unser Gesellschaftsbild repräsentieren. **Wir bemühen uns um die Förderung von Solidarität, Gleichstellung, Vielfalt und gleicher Vertretung in der Gesellschaft und müssen dies dementsprechend auch in unseren internen Organen und Sitzungen tun,** insbesondere für Frauen, junge Menschen und Menschen aus ethnischen Minderheiten, indem wir sie ebenfalls zur aktiven Beteiligung ermutigen. Dies ist an sich schon ein Instrument, um als politische Kraft stärkere Relevanz zu erlangen.

Um die europäische Politik wirklich zu verändern, müssen wir kohärent und mutig auftreten. **Ohne eine gemeinsame Vision werden wir es nicht schaffen, unsere Agenda zu verwirklichen.** Nationale Wahlerfolge können nur dann Änderungen auf europäischer Ebene bewirken, wenn wir als Parteienfamilie für unsere gemeinsamen Lösungen der vor uns stehenden Probleme eintreten. Auf diese Weise können unsere Vorhaben und Ziele am besten verwirklicht werden. Die Stärke der Sozialdemokratischen Partei Europas liegt in ihren Mitgliedern. Wir haben viel erreicht, aber es gibt noch sehr viel mehr zu tun. Der Aufbau der SPE und der Aufbau eines fortschrittlichen Europas gehen Hand in Hand. In dieser Zeit der Krise haben wir die Pflicht, unsere Agenda für den Wandel unnachgiebig zu verfolgen. Wir dürfen die Menschen nicht enttäuschen. Unsere Bewegung blickt auf eine lange und stolze Geschichte der Solidarität zurück. **Heute müssen wir gemeinsam für das Europa eintreten, das wir brauchen.**

